



# JUNG+LIBERAL

Das Mitgliedermagazin der Jungen Liberalen



*Wo kein Freiheit, ist keine Fremd.*

# BUKO #57 Bingen

Auf dem 57. Bundeskongress der Jungen Liberalen wurde fleißig und konzentriert unter dem Motto „**Europa, lass uns wieder Geschichte schreiben**“ unser Programm zur Europawahl im nächsten Jahr erarbeitet. Nach zwei Tagen interessanter Debatten haben wir unser Programm beschlossen.

Für uns steht fest: Wir wollen an den Errungenschaften der Europäischen Integration anknüpfen, fordern aber ebenso weitgehende Reformen in der Europäischen Union.



Unser beschlossenes Europawahlprogramm sowie weitere beschlossene Anträge findet Ihr unter:  
**[WWW.JULIS.DE/BESCHLUSSSAMMLUNG](http://WWW.JULIS.DE/BESCHLUSSSAMMLUNG)**



4-5

### Vom Gegensatz von Demokratie und Liberalismus

Was macht unsere Demokratie eigentlich aus? Und reicht allein das Prinzip der Demokratie aus, um unsere Freiheit zu schützen? Welchen Zusatz eine genuine Demokratie braucht, beantwortet Euch der Artikel



10-11

### Religionsfreiheit im säkularen Staat - kann das weg?

Religion ist ein ständiges Streitthema unserer Gesellschaft. Auf der einen Seite die Verteidiger der Religiosität, auf der anderen die überzeugten Atheisten. Aber ist das wirklich der Weg?



13-14

### Lass uns sprechen mit Uwe Dziuballa

Bei den Demonstrationen in Chemnitz wurde Dziuballas Restaurant von rechtsradikalen angegriffen. Wir von j+l waren vor Ort, um mit dem Restaurantbesitzer über Demokratie, Religion und vieles mehr zu sprechen.



18-19

### Augen auf gegen Extremismus

Was ist Extremismus und wie sollten wir ihm begegnen? Welche Gefahren birgt er für unsere demokratische Gesellschaft? Ein Plädoyer gegen Extremismus sämtlicher Couleur!

- 2 Kurz und Knapp
- 4 Was die Freiheit in einer Demokratie bestimmt
- 6 Ein ganzes Volk kann man nicht abwählen
- 8 Pressefreiheit und Demokratie - unzertrennlich
- 10 Religionsfreiheit im säkularen Staat - kann das weg?
- 12 Repräsentative vs. direkte Demokratie
- 14 Lass uns sprechen mit Uwe Dziuballa
- 17 Ein Bericht aus Chemnitz
- 18 Augen auf gegen Extremismus
- 20 Gelebte Demokratie im Unterricht
- 22 Internationale Seite
- 23 Impressum

## EDITORIAL

# Liebe JuLis,

unser Mitgliedermagazin ist ein Ort für die kontroverse Debatte. Richtungsweisende Themen wie Arbeit 4.0, Gesundheitspolitik und auch Generationengerechtigkeit wurden in den letzten Magazinen intensiv diskutiert. Das Thema des jetzigen Magazin steht übergeordnet zu all unseren programmatischen Diskussionen: Nämlich unsere Demokratie.

Die liberale Demokratie - so wie wir sie kennen - steht gerade auch in Europa immer weiter unter Beschuss. Deswegen war es mir ein besonderes Herzensanliegen, eine Ausgabe des j+ls diesem Thema zu widmen. Denn ohne unsere liberale Demokratie, hätten wir wahrscheinlich gar nicht die Chance, so offen über Programmatik zu diskutieren und unsere Meinung zu äußern!

Der ungarische Ministerpräsident, Victor Orbán, benutzt gerne den Terminus der „illiberalen Demokratie“. Damit betont er auf der einen Seite den demokratisch vollzogenen Wahlprozess, hebt aber ebenso die Illiberalität der Staatsform hervor. Das illiberale Element in seiner Demokratie lässt ihn Presse- und Meinungsfreiheit einschränken und bestimmte Religionen gegeneinander aufwerten. Ist es also allein die Demokratie, die unsere Freiheiten schützt und die Würde des Menschen an erste Stelle stellt? Oder gibt gerade der Liberalismus der Demokratie das fehlende Etwas, dass den Menschen vor den Staat stellt, Minderheitenrechte schützt, Freiheit und Eigentumsrechte gewährleistet? Ich glaube ja. Gerade aus diesem Grund ist es umso wichtiger, dass wir über Demokratie und die Elemente, die sie zur Schutzpatronin unserer Grundrechte machen, diskutieren.

Denn nur dann entwickeln wir ein Verständnis für eine genuine Demokratie und ihre Feinde. Nur dann durchschauen wir, wie die Orbáns und Erdogans dieser Welt die Demokratie unterminieren, und sie wieder anfällig für Tyrannei und Despotentum machen.

Ich wünsche Euch viel Spaß beim Lesen!



**Eure Anna**

Für Kritik, Fragen und Feedback erreicht ihr mich jederzeit unter [neumann@julis.de](mailto:neumann@julis.de)

# TYRANNEI DER MEHRHEIT?

## Vom Gegensatz von Demokratie und Liberalismus

**D**er ungarische Ministerpräsident Orbán hat sich zum Ziel gesetzt, Ungarn – der Zusatz Republik wurde aus dem Staatsnamen gestrichen – zu einer „illiberalen Demokratie“ zu machen. Auch in Polen und der Türkei sehen sich die Regierungen demokratisch legitimiert, Staat und Gesellschaft umzubauen. In Deutschland tritt die AfD dem Vorwurf verfassungsfeindlich zu sein mit dem Hinweis entgegen, sie trete am entschlossensten dafür ein, direkte Mitbestimmungsrechte des Volkes zum Beispiel durch Volksabstimmungen zu stärken. Kann auf Volkes Willen hören zu wollen etwas Falsches sein? Diese Fallbeispiele zeigen auf, dass das oft für unantastbar erklärte und mit anderen Begriffen wie Menschenwürde, Pluralismus und Rechtsstaat vermengte Konzept der Demokratie eines kritischen Blickes bedarf – und das Verhältnis von Demokratie und Liberalismus näher bestimmt werden muss.

### **Demokratie als Herrschaft der Mehrheit**

Demokratie ist die Herrschaft des Volkes, genauer der Mehrheit des Volkes. Noch genauer

der Mehrheit der Wähler oder Abstimmenden. Der Wille der Mehrheit wird mit dem Willen des Volkes gleichgesetzt und ergibt den Wählerwillen. Daraus ergeben sich zwei Folgerungen: Erstens dürfen in einer Demokratie zwar mehr Menschen entscheiden als in einer Aristokratie oder gar einer Monarchie. Eine konkrete politische Entscheidung kann aber dennoch im Einzelfall nur von einem kleinen Teil aller Bürger getragen werden. Wenn man die Wahlbeteiligung und den Stimmanteil der durch Sperrklauseln im Parlament vertretenen Parteien berücksichtigt, kommt es vor, dass eine Bundesregierung oder Landesregierung von weniger als einem Viertel der Wahlberechtigten getragen werden. Auf kommunaler Ebene und bei Volksabstimmungen liegt die Wahlbeteiligung regelmäßig unter fünfzig Prozent – die Mehrheit entscheidet durch Nichtentscheiden. Zweitens ist Demokratie (wie Monarchie) eine Antwort auf die Frage: Wer entscheidet? Sie sagt nichts darüber aus, was entschieden werden darf, ob es also inhaltliche Grenzen gibt, welche die Staatsgewalt bindet. Demokratie ist damit ein wertneutrales Konzept. „Eine Demokratie kann militaristisch oder pazifis-

tisch sein, absolutistisch oder liberal, zentralistisch oder dezentralisierend, fortschrittlich oder reaktionär, und alles wieder zu verschiedenen Zeiten verschieden, ohne aufzuhören, eine Demokratie zu sein“ (Carl Schmitt).

### **Der liberale Rechtsstaat**

Eine Verfassung, die nur das Demokratische zu ihren Strukturprinzipien zählt, erschöpft sich in Regelungen zu Wahl, Arbeitsweise und Aufgaben der Verfassungsorgane sowie der Kompetenzverteilung von Bund, Land und Gemeinden. Die meisten modernen Verfassungen enthalten aber auch inhaltliche Aussagen. Die Bundesrepublik ist nicht nur ein demokratischer Bundesstaat, sondern auch ein Rechts- und Sozialstaat. Das Bekenntnis zum Rechtsstaat hängt ideengeschichtlich zusammen mit der Bindung aller Staatsgewalt an die Grundrechte. Dass – anders als in der Weimarer Reichsverfassung – zuerst die Grundrechte aufgezählt werden und dann die organisatorischen Regelungen, ist eine bewusste Aussage: Der Mensch kommt vor dem Staat; die Grundrechte werden vom Staat geachtet und geschützt, aber sie sind, soweit sie Menschen-

rechte sind, nicht vom Staat abhängig, sondern folgen aus der Natur des Menschen. „Der Staat ist um des Menschen willen da, nicht der Mensch um des Staates willen“, hieß es in Artikel 1 Absatz 1 des ersten Entwurfes für das Grundgesetz.

Ein liberaler Staat bekennt sich also zu inhaltlichen Prinzipien: Der Würde des Menschen, der Herrschaft des Rechts, der prinzipiellen Unbeschränktheit menschlicher Freiheitsentfaltung. Nicht der Mensch muss sich rechtfertigen für sein Handeln, sondern der Staat muss jeden Eingriff in die Rechte seiner Bürger rechtfertigen, bedarf für jedes Handeln einer hinreichenden Legitimation. Der Bürger hat die Verfügungsgewalt über seinen Körper, seine Freiheit, sein Eigentum; er muss auf diese Rechte aktiv verzichten, es reicht nicht, wenn er gegen staatliche Anmaßung keinen Widerspruch erhebt. Das liberale Menschenbild wehrt sich dagegen, menschliche Vielfalt gleichzureden und gleichmachen zu wollen, aber umso kraftvoller verteidigt ein liberaler Staat die Gleichheit vor dem Gesetz und das Recht jedes Individuums, den eigenen Weg zum Glück zu finden. Die Mehrheit hat nicht das Recht, Anderslebenden vorzuschreiben, was sie zu tun und lassen haben. Der liberale Rechtsstaat kennt also keine schrankenlose Herrschaft der Mehrheit, sondern schützt Minderheiten, deren kleinste und schutzwürdigste das Individuum ist.

### Wehrhafter Rechtsstaat statt Neutralität bis zur Selbstverleugnung

Das Grundgesetz ist nicht die erste deutsche Verfassung, die sich zu Rechtsstaat und Freiheitsrechten bekennt. Auch die Weimarer Reichsverfassung tat dies. Der entscheidende Unterschied ist, dass das Grundgesetz die wirklich fundamentalen Strukturprinzipien einem besonderen Schutz unterstellt: Der Schutz der Menschenwürde und das Rechtsstaatsprinzip dürfen nicht abgeschafft werden, auch nicht von einer überwältigenden verfassungsändernden Mehrheit. Auch die Demokratie darf nicht auf demokratischem Wege beseitigt werden. Eine legale Machtergreifung wie 1933 kann es unter dem Grundgesetz nicht geben. Der Staat ist nicht dem Zugriff jeder beliebigen Mehrheit ausgeliefert, ohne Ansehung ihrer Ziele, sondern hält gegen die Feinde der Verfassung Verteidigungsmittel bereit: Verfassungsfeindliche Parteien können verboten werden, extremistische Beamte dürfen aus ihrem Amt entfernt werden, sogar bestimmte Grundrechte

können verwirkt werden, wenn sie zum Kampfe gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung missbraucht werden. Letztes Mittel der wehrhaften Demokratie ist das Widerstandsrecht jedes Deutschen gegen alle Versuche, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beseitigen.

### Die liberale Demokratie

Der Begriff der Demokratie wird gerne mit den Strukturprinzipien einer modernen Verfassung zusammen gedacht. In der Auseinandersetzung mit autoritären Politikern führt das schnell in die Irre. Die Werteordnung des Grundgesetzes verbindet Demokratie und freiheitlichen Rechtsstaat. Der Wille des Volkes, also der Mehrheit, ist Richtschnur staatlichen Handelns, aber stellt die Opposition nicht rechtlos. Der Wille des Volkes liefert die persönliche Entfaltung Einzelner nicht der Willkür der Mehrheit aus. Mehrheitsentscheid und Minderheitenschutz gehören zusammen. Der Wille des Volkes kann sich nur in einem rechtsstaatlichen Rahmen vollziehen; Richter entscheiden nach Recht und Gesetz, nicht aufgrund von Stimmungen in der Bevölkerung. Diese Synthese aus Demokratie und Liberalismus macht das Grundgesetz zu einem Erfolgsmodell.

In der Auseinandersetzung mit Freunden der autoritären, illiberalen Demokratie ist es also wichtig, die Wertgebundenheit einer modernen demokratischen Ordnung zu betonen, und immer wieder darauf hinzuweisen, dass Demokratie alleine – auf die sich Autokraten gerne berufen – nicht ausreicht, um die Freiheit seiner Bürger zu sichern. Dass Staaten wie Ungarn und die Türkei, wo der faire Wettbewerb um die Macht ausgeschaltet ist, wo Presse, Justiz und Beamtenum in den Händen der sich dauerhaft an der Regierung haltenden Mehrheitspartei liegt, auch nicht mehr als demokratisch bezeichnet werden können, sollte ebenso nachdrücklich betont werden. Liberale Demokratien dürfen sich nicht argumentativ entwaffnen lassen durch den Hinweis, Volkes Stimme sei Gottes Stimme und unfehlbar. Die Geschichte zeigt eindrücklich: Demokratie ohne Regeln und Werte endet in einer Tyrannei der Mehrheit. Dies zu verhindern, in Deutschland, Europa und der Welt, ist das Ziel des Liberalismus.



**MARC BAUER** (23) studiert Jura an der Universität zu Köln und ist Leiter des Bundesarbeitskreises Wirtschaft, Energie und Finanzen.

Ihr erreicht ihn unter [marc.bauer@julius.de](mailto:marc.bauer@julius.de)

#### LESETIPP

Yascha Mounk

#### DER ZERFALL DER DEMOKRATIE

Was macht Demokratie aus? Welche Gründe gibt es für die Krise der liberalen Demokratie in einigen Ländern? Und wie können wir dieser Krise begegnen? Wer sich dafür interessiert und die Vorgehensweise von Populisten wie Orbán und Co. verstehen möchte, sollte Yascha Mounks Lektüre zur Demokratie ohne Recht und Recht ohne Demokratie auf jeden Fall gelesen haben.

# EIN GANZES VOLK KANN MAN NICHT ABWÄHLEN

**Die Forderung nach mehr direkter Demokratie ist ein Dauerbrenner. Sie ist angeblich das Allheilmittel gegen Politikverdrossenheit und Demokratiedefizit. Sie soll die Legitimation politischer Entscheidungen erhöhen und einer immer niedrigeren Wahlbeteiligung entgegenwirken, gleichzeitig die Qualität der Ergebnisse erhöhen. Aber die repräsentative Demokratie ist besser als ihr Ruf. Und noch wichtiger: Die direkte Demokratie hat selbst Defizite, die potenziell gefährlich für ein freiheitlich verfasstes Gemeinwesen sind.**

„Soll in der Bundesrepublik Deutschland ein bedingungsloses Grundeinkommen eingeführt werden?“ – So oder so ähnlich könnte die Frage einer Volksabstimmung lauten, wenn diese auf Bundesebene zulässig wären. Populisten von rechts wie von links würden sicher auch gern über den Verbleib der Bundesrepublik in der EU abstimmen lassen. Solche Fragen erfordern vermeintlich einfache Ja/Nein-Entscheidungen. Das Problem ist nur, dass sie es ganz und gar nicht sind. Vielmehr handelt es sich um äußerst komplexe Fragen, die sich nicht in einer binären Entscheidungsmöglichkeit erschöpfen, sondern auch vielfältige Zwischentöne, Möglichkeiten „ja, aber...“ zu sagen oder Kompromisslösungen erfordern. Dieser Wirklichkeit werden demokratische Verfahren, die darauf setzen, die mehrstufigen Abläufe des parlamentarisch-föderalistischen Systems mehr oder minder vollständig zu ersetzen wie insbesondere die direkte Volksgesetzgebung durch Volksbegehren und Volksentscheide, nicht gerecht.

## **Die Wirklichkeit ist komplex**

Die Wirklichkeit ist komplex und erfordert komplexe Entscheidungen. Komplexe Entscheidungen erfordern komplexe Entscheidungsstrukturen. Im Rahmen einer Volksabstimmung lediglich eine binäre Entscheidung zu treffen, ist dagegen schlicht unterkomplex. Direkte Demokra-

tie hat über diese Unterkomplexität hinaus sogar die Tendenz, dass sie Demagogen belohnt. Das repräsentative politische System mit seinen abgestuften und ausbalancierten Verfahren kann jedoch die erforderliche Komplexitätsverarbeitung leisten: Indem bereits in einem frühen Verfahrensstadium und auch später noch gesellschaftlich existente, aber abweichende oder gegensätzliche Interessen und Perspektiven in den politischen Prozess einbezogen und im besten Falle auch zu einem Ausgleich gebracht werden können. Das Risiko der Demagogie wird so weitgehend ausgeschaltet.

Exakt an dieser Stelle profitiert der politische Prozess entscheidend davon, sich auf Personen stützen zu können, die spezialisiert und arbeitsteilig diese Komplexität bearbeiten – professionelle Politiker und Verwaltungsbeamte, im Zentrum die Abgeordneten als Repräsentanten des Wahlvolks. Zugegeben: Repräsentative Demokratie mit all den Institutionen, Gremien und Ausschüssen ist oft anstrengend und schwerfällig. Gerade diese Schwerfälligkeit schirmt politische Entscheidungen aber davor ab, den Weg der vermeintlich einfachen und schnellen Lösungen zu gehen, auf dem Interessen vieler fast notwendig auf der Strecke bleiben. Sie garantiert, dass in einem mehrstufigen Verfahren an vielen Stellen Kompromisse sind und auch gefunden werden, mit denen alle mehr oder weniger leben können.

### Minderheitenschutz

Das ist auch unter einem anderen Aspekt zentral: Das jeder Demokratie innewohnende Risiko totalitärer Tendenzen. Demokratie ist zwar elementare Bedingung für eine wirksame Freiheitsdurchsetzung und -wahrnehmung, kann in ungefilterter Reinform aber auch in eine freiheitsgefährdende Dominanz der – vielleicht nur knappen – Mehrheit über die jeweiligen Minderheiten abdriften; sie wird deshalb nicht umsonst ausbalanciert von Rechtsgarantien und institutionellen Absicherungen. Der Fokus auf binäre Entscheidungen kann vor diesem Hintergrund dazu führen, dass Mehrheiten mit einem Kreuz in der Wahlkabine und ohne groß nachzudenken zulasten von Minderheiten entscheiden und deren Freiheitsrechte massiv einschränken, weil es ihnen in diesem Moment eben vorteilhaft oder angebracht erscheint. Dadurch geraten eigentlich – und zu Recht – als unverhandelbar geltende rechtliche Gewährleistungen und gesellschaftliche Grundwerte, angeheizt durch populistische Reflexe und mitunter sensationsgeleitete Medienberichterstattung, unter Druck und möglicherweise ins Wanken: Volksabstimmungen zur Wiedereinführung der Todesstrafe, Minarett-Verbote oder die Abschaffung der Ehe für alle könnten die Folge sein.

Verstärkt wird dieses Risiko minderheits- und grundrechtsfeindlicher direktdemokratischer Entscheidungen zusätzlich noch dadurch, dass die kompromisslosesten Befürworter einer Volksgesetzgebung regelmäßig dezidiert antipluralistischen politischen Strömungen angehören. Ihnen geht es im Kern überhaupt nicht um die Erhöhung demokratischer Legitimation und die Einbeziehung möglichst großer Teile des Wahlvolks. Ihnen geht es ausschließlich darum, die eigenen, gegen die offene Gesellschaft gerichteten, vielmehr radikalen Überzeugungen zu verwirklichen. Dafür instrumentalisieren sie die unmittelbare Gewalt des Volkes – angeblich wahre Mehrheiten – gegen die politischen Arrangements der wehrhaften Demokratie, die im Normalfall eine Umsetzung blockieren. In den meisten Fällen dürfte es sich noch nicht einmal um echte, sondern lediglich um gefühlte Mehrheiten handeln. Also schlicht um diejenigen Gruppen, die am lautesten und am sichtbarsten sind. Die

größere, aber zu Einzelfragen schweigende Mehrheit bleibt dann wieder auf der Strecke – auch das ist durchaus eine Folge gesellschaftlicher Arbeitsteilung: Nicht jede und jeder beschäftigt sich durchgehend mit ausnahmslos allem. Klar: Am Ende überstimmt auch in einem repräsentativen System eine Mehrheit die Minderheit. Dann ist jedenfalls aber unwahrscheinlicher, dass Minderheitenrechte missachtet werden; die komplexen Verfahren der repräsentativen Demokratie leisten eine wesentlich weitgehendere Integration der Wahlbevölkerung als dies direkte Demokratie theoretisch und praktisch vermag.

### Demokratieentfremdung

In direktdemokratischen Verfahren würden – wie in jeder anderen Demokratie auch – regelmäßig Entscheidungen getroffen werden, die sich im Nachhinein als Fehler darstellen oder die angesichts gewandelter Präferenzen nicht mehr mit dem gleichen Ergebnis getroffen werden würden. Das könnte dann aber nicht mehr ohne weiteres den politischen Entscheidungsträgern zugerechnet werden, sondern das Wahlvolk müsste diesen Umstand direkt und unmittelbar auf sich selbst beziehen. Die Möglichkeit parlamentarische Mehrheiten und damit Regierungen auszutauschen, dadurch für eine Richtungsänderung zu sorgen, bestünde nicht mehr. Langfristig könnte die Unfähigkeit, ein ganzes Volk abzuwählen dann aber zu einem Entfremdungsprozess von der Demokratie insgesamt führen, an dessen Ende sie sogar als tragendes Prinzip unseres freiheitlich verfassten Gemeinwesens in Frage gestellt wird.

Damit es nicht soweit kommen kann, ist am Grundmodus politischen Entscheidens, der unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung prägt, festzuhalten: Die repräsentative Demokratie, deren Grundpfeiler ein lebendiger Parlamentarismus ist. Die Leistungsfähigkeit der repräsentativen Demokratie wird durch alternative Modelle nicht erreicht. Zwar kann sie punktuell angereichert werden, um ihre Responsivität zu erhöhen; auch eine zusätzliche legitimatorische Abstützung kann auf diese Weise durchaus erreicht werden: Insbesondere Initiativverfahren, die Parlamente dazu zwingen, sich mit denjenigen Fragen auseinanderzusetzen, die in der Bevölkerung als drängend empfunden werden, können eine sinnvolle Ergänzung sein. Im Ergebnis ist es aber die repräsentative Demokratie, die den Grundstock an Legitimations- und Verfahrensressourcen bereitstellt. Sie gewährleistet sowohl eine angemessene Bearbeitung von Komplexität als auch den Schutz von Minderheiten vor außer Kontrolle geratenen Mehrheiten und das Wahlvolk vor einer Selbstentfremdung, die zugleich immer eine Entfremdung von Demokratie insgesamt wäre.



**DANIEL STEINER** (33) ist Promovend zu einem rechtswissenschaftlichen Thema mit verfassungs- und völkerrechtlichen Bezügen an der Uni Bielefeld und studiert dort Soziologie und Politikwissenschaft. Er ist Bezirksvorsitzender der JuLis Ostwestfalen-Lippe und Landesvorsitzender LHG NRW. Ihr erreicht ihn unter [daniel.steiner@julis.de](mailto:daniel.steiner@julis.de)



**PRESSE  
FREIHEIT**

**UND DEMOKRATIE**

Unzertrennlich miteinander verbunden

**Demokratie setzt einen mündigen Bürger voraus. Mündig ist er, wenn er sich eine eigene politische Meinung anhand wahrheitsgemäßer und umfangreicher Informationen bilden kann. Diese Meinung kann er dann in freien Wahlen artikulieren. Ist die Pressefreiheit eines Landes aber eingeschränkt, so konterkariert dies den Prozess der Meinungsbildung und damit auch die Demokratie.**

**V**ertrauen in die Medien ist grundlegend für unsere Demokratie. Die Bürgerinnen und Bürger sollten sich sicher fühlen können, über politische Geschehnisse der Wahrheit entsprechend und in vollem Umfang unterrichtet zu werden. Die Medien nehmen eine wichtige, kontrollierende Rolle im Verhältnis zur Politik ein. Politische Sachverhalte von allen Seiten zu beleuchten, ist Aufgabe des Journalismus. Denn auch der Gang zur Wahlurne setzt einen gut informierten Bürger voraus. Die Medien sind damit demokratietragend. Und als solche Säule unserer freiheitlichen Ordnung sollten sowohl die Bürger, als auch die Journalisten selbst diesen Beruf verstehen.

### Medien als vierte Gewalt

Legislative, Exekutive und Judikative. Das klassische Schema der Gewaltenteilung kennt so gut wie jeder aus der Schule. Doch neben den drei Gewalten stehen auch noch die Medien, die ebenfalls eine kontrollierende Wirkung haben. Mit kritischem Blick soll der Journalismus vor allem die Exekutive und Legislative im Auge haben, ihnen akribisch auf die Finger blicken und sie so am Überschreiten von Normen und Regeln hindern. Werden diese doch verletzt, so kommt die Wahrheit oft früher oder später durch findige Journalisten ans Tageslicht.

Ohne freie Presse prosperiert Korruption. Menschen in Machtpositionen neigen dazu, diese zu missbrauchen und im Sinne ihrer eigenen Ziele zu nutzen, sofern eine Aufdeckung und Veröffentlichung ihres Betrugs unwahrscheinlich scheint. So geht mit steigender Zensur auch immer steigende Korruption einher. Der Journalismus kann durch seine investigative Arbeit fragwürdige Machenschaften aufdecken, Fehlentwicklungen aufzeigen, diese der Bevölkerung präsentieren und so die Regierenden und andere politische Akteure in Schach halten.

Auch das Vertrauen in die Politik, welches maßgeblich die Stabilität einer repräsentativen Demokratie sichert, leidet erheblich unter mangelnder Pressefreiheit. Wenn politische Entscheidungen öffentlich durchleuchtet und hinterfragt werden, lässt sich in der breiten Masse der Bevölkerung ein viel klareres Verständnis für die getroffenen Entscheidungen schaffen. Geschieht dies nicht, erscheint das Handeln der Regierenden intransparent und schwer zu greifen. Das politische Desinteresse steigt und die Zufriedenheit mit der Staatsform sinkt.

### Pressefreiheit in Saudi-Arabien

Wozu mangelnde Pressefreiheit führt, kann man am Beispiel Saudi-Arabiens beobachten. Die Saudis belegen in der Rangliste der Pressefreiheit von „Reporter ohne Grenzen“ aktuell Platz 169 von 180 Staaten. Kritik an Religionsführern und Regierungsform ist strikt verboten. Da das Land kein säkularer Staat ist, kann Kritik an der Exekutive also schnell zu ei-

ner Strafe führen. Berichterstattungen über Gerichtsverfahren müssen erst genehmigt werden, was bedeutet, dass auch die Kontrolle der Judikative entfällt. Auf Gotteslästerung steht in Saudi-Arabien die Todesstrafe, wobei dieser Begriff in der saudischen Justiz einen großen Interpretationsspielraum besitzt.

Eine freie Presse stellt für das undemokratische Regime eine konkrete Gefahr da. Es glaubt, durch Unterdrückung der Meinungs- und Pressefreiheit die vermeintliche Stabilität des Landes zu sichern. Darum sind regierungskritische Journalisten der saudischen Königsfamilie ein Dorn im Auge. Um die Pressefreiheit zu unterminieren, wird vor nichts zurückgeschreckt. Und mit welch radikalen Mitteln dies geschieht, hat der mutmaßliche Mord an Jamal Khashoggi der Welt grausam vor Augen geführt. Mit Raif Badawi wurde schon im Jahre 2012 ein regierungskritischer Blogger festgenommen. Badawi forderte in seinem Online-Blog eine Liberalisierung des Islams, welcher in Saudi-Arabien mit dem Wahabismus eine erkonservative Auslegung erfährt. Schlussendlich wurde Badawi 2013 zu zehn Jahren Haft und tausend Peitschenhieben aufgrund von „Beleidigung des Islams“ verurteilt, 2015 zum ersten Mal öffentlich ausgepeitscht.

Mit besonderer Aufmerksamkeit sollten in diesen Tagen die Reaktionen der internationalen Gemeinschaft verfolgt werden. Wird sich ein Konsens der Verurteilung des Vorgehens der Saudis durchsetzen oder werden zum Beispiel wirtschaftliche Interessen wichtiger sein? Wie ernst die demokratisch Regierenden dieser Welt es mit einem Wert wie der Pressefreiheit nehmen, wird sich in diesen Tagen offenbaren.

### Was der Bedrohung von außen entgegensetzen ist

Auf den eigenen Straßen sehen sich Journalisten zusehends öfter mit dem Begriff „Lügenpresse“ konfrontiert. Eine Kreistagsfraktion der AfD sprach kürzlich vom Stürmen von Funkhäusern und Presseverlagen. Im August behinderte die Polizei in Dresden die Arbeit von Journalisten, nachdem der sogenannte „Hutbürger“ sich über diese beschwerte. Auch beim G20-Gipfel im letzten Jahr wurden Journalisten sowohl von der Polizei als auch Linksextremen angegriffen.

Was man dem entgegensetzen muss, sind unsere freiheitlichen Werte. Die Pressefreiheit ist ein hohes Gut, das geschützt werden muss. Auch von innen heraus, indem man als Medium sorgfältig arbeitet, nicht zu einseitig berichtet und sich immer nur der Wahrheit verpflichtet, anstatt eine persönliche politische Agenda zu verfolgen. Sonst verspielt man sich das Vertrauen der Bürger und spielt Populisten in die Hände. Unsere Demokratie braucht Qualitätsjournalismus um diese Entwicklung aufzuhalten.

Um den Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble zu zitieren: „Sie haben drei Aufgaben: Priorisieren, interpretieren und kommentieren. Die vermittelnde Aufgabe der Medien, aus der unendlichen Fülle der Informationen eine Übersicht zu verschaffen, sie zu erklären und sie zu bewerten – das ist in unserem Zeitalter der sozialen Netzwerke und allumfassender Informationsverfügbarkeit noch wichtiger als früher. Leider wird die Gefahr des Herdentriebs auch größer. Widerstehen Sie ihm.“



**JOSHUA FRITZ** (19) studiert Politikwissenschaft an der Universität Hamburg. Er interessiert sich für Innenpolitik und hält guten Journalismus für die Voraussetzung einer stabilen Demokratie. Ihr erreicht ihn unter [joshuafritz25@gmail.com](mailto:joshuafritz25@gmail.com)

# KANN DAS WEG?

## Religionsfreiheit im säkularen Staat

Religion ist eine der größten Konstanten der Menschheitsgeschichte. Während sie auf der Welt an Bedeutung gewinnt, verliert beispielsweise das Christentum in einigen modernen Industriestaaten, insbesondere in Deutschland, seine Anhänger. Nur noch sechzig Prozent der Deutschen gehören einer Konfession an, die Kirchnaustritte nehmen weiter zu. Brauchen wir bei sinkender Relevanz von Religion überhaupt noch ein eigenes Grundrecht für Religionen, wenn eigentlich alles, was zum religiösen Bekenntnis dazu gehört, ebenso unter die Meinungsfreiheit zu fassen ist? Warum genießt die religiöse Meinung einen Vorrang, ein eigenes Grundrecht gegenüber der nicht-religiösen Meinung in Art. 5 GG? Welche Bedeutung hat die Religionsfreiheit für die moderne, säkularisierte Demokratie oder: Kann das weg?

In kaum einem anderen Staat hat sich die größte Weltreligion über Jahrhunderte hinweg derart entwickelt, das protestantische Gedankengut prägt uns bis heute: Als einer der ersten vertrat Martin Luther eine Trennung von Weltlichkeit und Geistlichkeit, die sogenannte Zwei-Reiche-Lehre, aus der sich die übliche Trennung zwischen Staat und Kirche in unterschiedlichen Formen entwickelt hatte. Durch verfassungsrechtliche Vorschriften und gesellschaftliche Entwicklungen sind in Deutschland Kirche und Staat gleichermaßen getrennt und in einem kooperativen Verhältnis: Der Staat ermöglicht Religionsgemeinschaften bestimmte Privilegien und Entfaltungsmöglichkeiten, enthält sich selbst jedoch des Bekenntnisses. Dieses Verhältnis von Staat und Religion kommt nicht von ungefähr, sondern ist tief in der kontinen-

tal-europäischen Geschichte verwurzelt, die insbesondere in Deutschland über Jahrhunderte durch den Unterschied der christlichen Konfessionen wesentlich bestimmt worden war. So sehen sich Katholizismus und Protestantismus in einer grundsätzlich anderen Rolle im Verhältnis zum Staat. Während sich im Protestantismus basierend auf der Lehre Luthers ein Selbstverständnis von der Trennung zwischen Staat und Kirche entwickelt hat, das sich bis heute gerade auch in sich als nicht-religiös verstehenden Kreisen intensiviert, war dies in der katholischen Kirche lange so fernliegend wie nur möglich. Erst in den 1960er-Jahren wurde mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil der Anspruch aufgegeben, dass sich alle staatlichen Institutionen nach dem Katholizismus zu richten hätten – nicht umsonst soll der evangelische Hegel die Katholiken einmal als

„schlechte Staatsmänner“ bezeichnet haben, während wiederum der Protestantismus sich allzu oft den Vorwurf gefallen lassen muss, eine unreligiöse Konfession zu sein, selbst gar ihre Schwächung durch ihren fehlenden Anspruch auf weltliche Auswirkung des Glaubens zu befördern.

### **Religiosität kann sowohl als Förderer als auch als Gegner von Menschenrechten und Demokratie verstanden werden**

Für die Demokratie hat das über lange Zeit wenig bedeutet. Sowohl Luther als auch seinerzeit der Vatikan bekannten sich zu Fürstentum und Leibeigenschaft. Stattdessen schritt die evangelische Entwicklung im weit entfernten Nordamerika überraschend voran. In Übersee sollte eine kleine Baptistengemeinde, eine Untergruppe der evangelischen Konfession, auf Rhode Island Geschichte schreiben – unter einem gewissen Roger Williams wurde dort nach der Gründung 1636, 150 Jahre vor der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte in Frankreich, eine demokratische Verfassung entworfen, in der erstmals Religionsfreiheit sowie die Trennung von Kirche und Staat verankert war. So hatte eine tiefreligiöse, evangelische Gemeinde den ersten säkularisierten Staat gegründet. In der Wissenschaft ist die dann fortschreitende Ideengeschichte von Bürger- und Menschenrechten strittig – einerseits könnte die Aufklärung sich tatsächlich gegen Religion durchgesetzt haben müssen, andererseits könnte gar die Entwicklung in Rhode Island maßgeblichen Einfluss auf die Grundsätze der folgenden Amerikanische Revolution sowie die Aufklärung gehabt haben, und damit das Christentum selbst, speziell den Protestantismus als „unreligiöse Konfession“, eine Idee von unveräußerlichen Rechten gegen den Staat manifestiert haben, die sich bis heute fortsetzt. Fakt ist: Der von Williams geäußerte Begriff „wall of separation“ als Trennung zwischen Staat und Kirche wurde von Thomas Jefferson, seinerseits entscheidende Figur bei der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, übernommen. Vermutlich waren also beide Prägungen verworren miteinander, sodass die Religiosität, mit ihren unterschiedlichen Verständnisweisen, sowohl als Förderer als auch als Gegner von Menschenrechten und Demokratie verstanden werden kann.

Gerade deswegen jedoch ist ihre Freiheit, negativ wie positiv, umso bedeutender für die

Demokratie. Genauso ist die Unfreiheit von Religion ein Indikator für unfreie Staaten. Meist ist die Staatsideologie zur einzigen Religion geworden, die in einem Absolutheitsanspruch keine neben sich duldet, wie die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts anschaulich zeigen. So denken wir alle immer wieder religiös, selbst wenn wir uns keiner Religionsgemeinschaft zugehörig fühlen – wir glauben an Konzepte, Ideen, Prinzipien, die sich nie beweisen werden lassen können, durch unseren Glauben und die Begrifflichkeit von ihnen jedoch für jeden auf seine Art greifbar werden; beispielsweise die Freiheit. Für jeden ist sie etwas anderes, niemand wird sie je beweisen können und doch ist sie für uns alle existent, weil wir von ihr einen Begriff geformt haben, den wir mit dem Verstand und unseren Sinnen nicht erfahren oder nachweisen können, den wir durch unsere Vernunft jedoch zu denken in der Lage sind. Freiheit ist, weil wir sie denken. Die Aufgabe ist es, unseren eigenen Begriff von nicht beweisbaren Dingen nicht den anderen überzustülpen, denn dann werden sie zur Ideologie. Dieser Anspruch ist es, den Religionsfreiheit manifestiert. So steht es jedem frei, zu glauben, was er möchte – Religionsfreiheit setzt jedoch eine Ernsthaftigkeit voraus, ein sinnstiftend-transzendentes, gesetzgebendes Element, weswegen ich beispielsweise die Nicht-Anerkennung der sogenannten „Kirche des Fliegenden Spaghettimonsters“ als Religionsgemeinschaft für richtig halte.

### **Wer gegen Religion und Glaube aktiv zu kämpfen versucht, wird selbst zum Fundamentalisten**

Die Freiheit von Religion zu akzeptieren, bedeutet, die Freiheit des Denkens zu akzeptieren, das über wissenschaftliche Rationalitäten hinausgeht und uns zwingt, uns mit eigenen Werten, Traditionen und Ideen immer wieder auseinanderzusetzen, weil sie uns andere Werte, Traditionen und Ideen immer wieder vor Augen führt. Es bedeutet ebenso, Gesetze zu akzeptieren, die sich jeder selbst oder in einer eigenen Gemeinschaft gibt und die über staatliches Recht hinausgehen können, solange sie diesem nicht widersprechen. Die Anhänger dessen empfinden diese Gesetze oft als genauso bindend wie staatliches Recht – ob es das Tragen einer Kopfbedeckung, der Nicht-Verzehr bestimmter Lebensmittel oder gemeinschaftliche Rituale sind. Vieles davon mag einzelnen Wertesystemen widersprechen;

sobald wir aber anfangen aufgrund von Wertedebatten staatlich immer weiter auch in Religions-sphären einzugreifen, erhebt sich der Staat selbst zu einem Vertreter von Werten, die für individuelle Freiheit kaum noch Raum lassen können. Ich halte es daher für wichtig, sowohl klare Grenzen gegenüber dem Rechtssystem widersprechenden religiösen Dogmen und Taten aufzuzeigen, gleichzeitig jedoch insbesondere in Grenzfällen den Wert der Religionsfreiheit und die Ernsthaftigkeit der Anhänger nicht aus einer scheinbar wissenschaftlichen Perspektive einfach aus einem persönlichen, anti-religiösen Reflex heraus zu verteuflern. Denn: Wer gegen Religion und Glaube aktiv zu kämpfen versucht, wird selbst zum Fundamentalisten.

Religionsfreiheit bezieht sich (ähnlich wie die Kunst- und Wissenschaftsfreiheit) auf ein konkretes Phänomen, das zeitgleich global auf dem Vormarsch ist – allein deswegen reicht die deutsche, oft nur scheinbar unreligiös-wissenschaftliche Perspektive nicht aus. Vielleicht ist es gar umso wichtiger in Zeiten, in denen sich die Religionsdiskurse hauptsächlich um den Islam drehen, uns unserer eigenen Wurzeln und oft protestantisch geprägten Denkmuster bewusst zu werden, um unsere Verfassung, die Religionsfreiheit und damit auch unsere Demokratie besser zu verstehen und mit verschiedensten Religionsverständnissen zu vereinen. Erst wenn eine Gesellschaft die Freiheit zum Glauben wie zum Nicht-Glauben gleichermaßen respektiert, können wir ultra- wie antireligiöse Tendenzen erkennen und uns beiden Extremen entgegenstellen.



**MAX MORDHORST** (22) studiert Jura im 7. Semester und hat ein Jahr lang im Schwerpunktbereich „Rechtsphilosophie und Rechtsgeschichte“ studiert. Er setzt sich für ein ausgewogenes Verständnis von Religion ein, das sowohl die negativen als auch positiven Aspekte betont. Ihr erreicht ihn unter [maximilian.mordhorst@julius-sh.de](mailto:maximilian.mordhorst@julius-sh.de)

# DIREKTE DEMOKRATIE IN DER SCHWEIZ

## Ein Vorbild für Deutschland?

### Die „No Billag“ Initiative

Der „ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice“ (auch bekannt als GEZ) ist vielen von uns Jungen Liberalen ein Dorn im Auge. Obwohl viele von uns JuLis lieber auf private Streamingdienste wie Netflix oder Dazn zurückgreifen, müssen wir den Beitragsservice für den Konsum des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zahlen. Besonders hart trifft die Gebühr junge Menschen in Studium und Ausbildung, da die Gebühr mit einem Pauschalbetrag unabhängig vom Einkommen erhoben wird. Auch in der Schweiz gibt es eine Gebühr für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die dort „Billag“ heißt. Die Jungfreisinnigen, die Jugendorganisation der Schweizerischen FDP, haben eine Initiative gestartet, bei der über die Abschaffung dieser Zwangsgebühr abgestimmt wird. Die Abstimmung über die „No Billag“ Initiative fand am 4. März 2018 statt.

### Funktionsweise der Volksabstimmung in der Schweiz

Volksabstimmungen gibt es sowohl auf Gemeinde-, als auch auf Kantons-, als auch auf Bundesebene. Am bekanntesten und bedeutendsten ist jedoch die Volksabstimmung auf Bundesebene. Für die Bewertung eines Abstimmungsergebnisses gibt es kein Quorum. Auch wenn nur ein kleiner Teil der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch macht, ist das Ergebnis bindend. Allerdings müssen nicht nur eine Mehrheit der Stimmenden (Volksmehr), sondern auch die Stimmenden in der Mehrzahl der Kantone für eine Initiative stimmen, damit diese umgesetzt wird.

### Vergleich mit Deutschland

Damit unterscheidet sich die Schweiz von Deutschland. In Deutschland können Volksentscheide zwar auf Landesebene (zum Beispiel Tegel, Stuttgart 21) oder auf kommunaler Ebene, wie beispielsweise beim Entscheid über den Neubau eines Schwimmbades in Bonn stattfinden, aber nur in seltenen Ausnahmefällen, nämlich nur bei der Neugliederung des Bundesgebietes, auf Bundesebene. Volksentscheide sind in Deutschland im Gegensatz zur Schweiz oft nicht bindend. Welche Folgen das für die Politik hat, kann man momentan bei der Schließung des Flughafens Berlin Tegel beobachten. Darüber hinaus können Volksentscheide in Deutschland im Gegensatz zur Schweiz nicht die Verfassung respektive das Grundgesetz ändern.

### Vor- und Nachteile des Schweizer Modells

Am 9. Mai 2018 haben wir hierzu eine Diskussion bei den JuLis Bonn mit Nicolas A. Rimaldi und Alain Schwald von den Jungfreisinnigen veranstaltet. Dabei haben wir nicht nur das Schweizer System kennengelernt, sondern auch seine Vor- und Nachteile diskutiert. Ein Nachteil ist, dass direkte Demokratie oft von Populisten ausgenutzt wird, um Fragestellungen stark zu vereinfachen. Beim Brexit und beim Minarett-Verbot in der Schweiz konnten sich reaktionär-nationalistische Kräfte durchsetzen. Die allermeisten Volksabstimmungen in der Schweiz wurden jedoch zu eher nüchternen Sachthemen wie Buchpreisbindung, Krankenversicherung und die Verwendung

der Gewinne der Schweizer Notenbank (SNB) durchgeführt. Um Verstöße gegen das Völkerrecht zu verhindern, werden die Initiativen vor Abstimmung darüber hinaus von einem unabhängigen Komitee geprüft. Während der drei Jahre, in denen ich in der Schweiz gelebt habe, konnte ich hautnah miterleben, wie die direkte Demokratie in der Schweiz einen sachlichen Diskurs und die Akzeptanz der Politik fördert. Ein weiterer Vorteil ist, dass spezifische Themen, die von Politikern und den Medien leicht übersehen werden, wie die Buchpreisbindung, in den öffentlichen Diskurs gerückt werden.

### Das Ergebnis der „No Billag“ Initiative

Auch wenn die „No Billag“ Initiative mit 71,6 Prozent deutlich abgelehnt wurde und die Gebührenbefürworter die Mehrheit der Stimmen in allen 26 Kantonen auf sich vereinen konnten, war die Initiative dennoch ein Erfolg. Der SRG-Generaldirektor Gilles Marchand kündigte ein Reformpaket an. Daher werden momentan die Ausgaben im öffentlichen Rundfunk in der Schweiz überprüft. Ohne den Druck der „No Billag“ Abstimmung wäre dies wahrscheinlich nicht geschehen.



**FERDINAND HECKEL** (28) arbeitet als Data Scientist und ist Mitglied bei den Jungen Liberalen NRW. Während seines Studiums der Volkswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen (HSG) konnte er die schweizerische politische Kultur sowohl in der Theorie als auch in der Praxis kennen und schätzen lernen. Ihr erreicht ihn unter [ferdinand.heckel@gmail.com](mailto:ferdinand.heckel@gmail.com)

# #REPRESENT

## Warum ich lieber „die da oben“ entscheiden lasse

**Du! Ja genau Du! Du bist jetzt Finanzminister/in und entscheidest über die Verwendung der Haushaltsgelder. Aber bitte nur mit kurzer Vorbereitungszeit und nur mit der Möglichkeit „Dafür“ oder „Dagegen“. Wie? Das ist zu simpel gedacht und Du möchtest differenziert entscheiden? Pech gehabt, denn Du bist einer/eine von 82 Millionen Finanzminister/innen, da wir ab jetzt in einer direkten Demokratie leben. Klingt doof, oder?**

Immer wieder entfacht die Diskussion über eine direkte Demokratie und die Einführung von Volksentscheiden. Meist ist Ursprung der Debatte ein wiedermal verhunztes Großprojekt wie der BER oder Stuttgart 21, welche uns häufig genug Kopfschütteln bereiten. Aber ist wirklich der normale Bürger der beste Ansprechpartner für Baugenehmigungen? Ich glaube eher nicht. Ansonsten wird das Projekt Volksabstimmung immer wieder von Links- und Rechtsaußen ins Spiel gebracht, da sich insbesondere die Ränder des politischen Spektrums gerne mal als „Stimme des Volkes“ verstehen. Dass die eigentliche Absicht dieser Gruppierungen das Durchsetzen der eigenen politischen Agenda in Form von plumpem Populismus ist, lässt sich durch den positiv konnotierten Wunsch nach mehr Selbstbestimmung des Bürgers elegant verschleiern.

### **Lernen wir etwas von den Briten, auch wenn es manchmal schwerfällt**

Die Auswirkungen einer Ja/Nein-Entscheidung, gepaart mit zu wenig Nachdenken der Bürger und stumpfem Populismus seitens der Politik, kann man tagtäglich in den Nachrichten bestaunen, wenn über das Brexit-Theater berichtet wird. Vor zwei Jahren „durften“ wir miterleben zu was eine direkte Demokratie führen kann und oftmals auch führen wird: Eine überhastete Entscheidung mit unabsehbaren Folgen, weil „das Volk“ angeblich etwas will. Von der tragikomischen Tatsache, dass die meistgegoogelte Frage nach dem Votum „What is the EU?“ war, mal ganz abgesehen. Möchte ich sowas in Deutschland? Wohl eher nicht.

Was ich ebenfalls in Deutschland nicht möchte, ist das Beschneiden von Minderheitsrechten. Zwangsläufig ließe sich bei einer einfachen Mehrheitsentscheidung eine Unterdrückung von Minderheiten befürch-

ten, würde zum Beispiel über ein Kopftuchverbot entschieden. Aber auch Projekte wie TTIP oder CETA stünden bei entsprechender Stimmungsmache vor dem Aus, weil irgendwelche Gegner die Angst vor dem Chlorhühnchen verbreiten.

### **Best of Julis: „Das regelt der Markt.“**

Man kann das Problem auch gerne mal etwas abstrakter betrachten. Setzen wir uns als Junge Liberale nicht für marktwirtschaftliche Prinzipien wie Angebot und Nachfrage ein? Ein Angebot, welches nur aus zwei Wahlmöglichkeiten besteht, ist eher das Gegenteil von Wettbewerb und Fortschritt. Wir brauchen einen Wettbewerb der Ideen und der Visionen. Gibt es nur die Möglichkeit „dafür“ oder „dagegen“ zu sein, dann simplifiziert sich jede Debatte und die Populisten gehen als Sieger durch möglichst einfache Lösungen für komplexe Probleme hervor.

Außerdem stellt sich die Frage: Muss jeder immer alles mitentscheiden? Mal abgesehen davon, dass es organisatorisch gar nicht möglich wäre, alle Entscheidungen vom Volk treffen zu lassen, bin ich der Meinung, dass wir weiterhin die entsprechenden Experten im Bundestag sowie den Ministerien entscheiden lassen sollten. Unter anderem deshalb sehe ich auch kein Problem in der oftmals kritisierten Akademikerquote im Bundestag.

### **Lass „die da oben“ mal machen.**

Direkte Demokratie klingt immer nach einem schönen Traum, aber in Realität sorgt nur die repräsentative Demokratie für einen funktionierenden Staat und eine zukunftsgerichtete Politik. Natürlich gibt es immer Verbesserungsmöglichkeiten, aber über Bord werfen sollte man sie noch lange nicht! Deshalb, liebe „Politiker da oben“, denkt bitte nochmal drüber nach, wenn ihr Volksentscheide fordert. Es geht leider oft genug nach hinten los.



**FABIAN SCHEFCZIK** (24) promoviert in Physik an der Ruhr-Universität Bochum und ist Pressesprecher der JuLis Bochum.

Ihm liegt das Thema besonders am Herzen, um in Zeiten von Fake News und Misstrauen gegenüber der Wissenschaft das Feld nicht den Populisten zu überlassen. Ihr erreicht ihn unter [fabian.schefczik@julis.de](mailto:fabian.schefczik@julis.de)

# INTERVIEWS



**Uwe Dziuballa (53) ist Inhaber des jüdischen Restaurants „Schalom“ in Chemnitz. Im Zuge der ausschreitenden Demonstrationen am 27. August 2018 in Karl-Marx-Stadt (wie die Chemnitzer ihre Stadt nennen) wurde er vor seinem Restaurant von einer männlichen Gruppe mit Steinen und Flaschen angegriffen. Nicht der erste Angriff gegen seine religiöse Identität, wie wir in dem Gespräch erfahren werden.**

**Das jung+liberal sprach mit Dziuballa über seine Heimatstadt, seine Religiosität und die Demokratie.**

*J+L: Herr Dziuballa, rekonstruieren Sie uns doch bitte die Situation rund um den 27. August.*

Dziuballa: Am besagten 27. August hatten wir – wie oft am Montag – eine Veranstaltung in unserem Restaurant. Ich hielt mich mit zwei Mitveranstaltern noch im Restaurant auf, wollte dann kurz vor die Tür gehen, um die Lage zu beobachten; wir hatten ja tagsüber mitbekommen, was in der Stadt los war. Als ich vor die Tür trat, stand eine mehrköpfige Gruppe schwarz gekleideter Männer vor dem Restaurant. Aus meiner Wahrnehmung ist bei der Gruppe ein Schreck in den Gesichtern zu erkennen gewesen, als ich vor die Tür trat. Das hat sie letzten Endes aber nicht daran gehindert, das zu tun, was sie wahrscheinlich auch dann getan hätten, wenn ich nicht vor die Tür getreten wäre: Mit den Gegenständen, die sie mitgebracht haben, zu werfen. Einer der Gegenstände, ein Stein, traf mich dabei an der Schulter.

*Was hat dieser Angriff in Ihnen ausgelöst?*

Opfer zu sein gehört nicht zu meinem Selbstverständnis, dafür bin ich nicht der Typ. Deswegen war es für mich anfangs relativ schwer, mir bei den Ereignissen rund um den 27. August einzugestehen, dass ich zum Opfer geworden bin. Wenn man aber mit diesem Angriff gewollt hat, dass ich fortan Angst empfinde, ist das Experiment fehlgeschlagen. Auf jede negative Erfahrung kommen 25 positive Erfahrungen. Soll ich diese ganzen positiven Erfahrungen in die Tonne kloppen, nur weil ein paar Idioten glauben, mit zwei Minuten Angst und Schrecken das Zepter zu übernehmen?

*Also hat sich in Ihrem Alltag nichts verändert?*

Ein Stück weit leider schon. Seit dem Angriff auf meine Person ist mir in bestimmten Situationen die Gelassenheit abhanden gekommen. Man reflektiert den Steinwurf, denkt da-

rüber nach: Was hätte passieren können, wenn mich der Stein nicht an der Schulter, aber vielleicht an der Schläfe getroffen hätte? Der Gedanke daran, dass schnell etwas hätte anders ausgehen können, ist beängstigend.

Wenn ich allein unterwegs bin, trage ich immer meine Kippa. Beim Einkaufen, beim Spazierengehen. Nur zum Duschen und Schlafen gehen lege ich sie ab. Wenn ich allein unterwegs bin, bin ich nur für mich verantwortlich. In dem Moment, wo ich weiß, dass beispielsweise Kinder oder ältere Menschen mit mir unterwegs sind, setze ich über die Kippa nochmals einen Hut auf. Das ist neu geworden – mich ärgert vor allem, dass ich über so etwas nachdenke, bevor ich los gehe.

*Haben Sie solche Angriffe auf Ihre Person schon vorher erlebt?*

Die Dimension des Angriffes vom 27. August war eine andere, da ich zum ersten Mal persönlich attackiert wurde. Übergriffe gegen mein Restaurant sind allerdings nicht neu: Da kommst du auf die Arbeit, da ist die Terrasse zerlegt worden. Hakenkreuze wurden an die Fenster geschmiert, in den Briefkasten wurde uriniert, deine Außenwerbung wurde zerschlagen. Ebenso lag schon ein Schweinekopf mit Davidstern vor der Eingangstür des Restaurants und die vier Reifen des Transporters wurden zerstoßen. Das passiert seit der Eröffnung des Restaurants im Jahre 2000 kontinuierlich – da kann einmal in der Woche ein Vorfall sein, mal einige Mona-

te nichts. Aber auch mehrmals die Woche kann etwas passieren.

*Wie haben Sie die Berichterstattung wahrgenommen?*

Die Hysterie wurde auch medial mittransportiert. Dabei rede ich nicht von Lügenpresse, aber davon, dass die Wahrnehmung teilweise unpassend war und dazu beigetragen hat, dass Chemnitz als Stadt im Kollektiv verurteilt wurde.

*Und wie hat die Polizei in Sachsen auf den Angriff reagiert?*

Die Beamten waren wie ausgewechselt. Empathisch, kompetent, haben den Tatort gesichert. Nach dem Angriff kam die neue Polizeipräsidentin zu Besuch. Vor weiteren Kundgebungen in Chemnitz hat sich der jeweilige Einsatzleiter bei mir vorgestellt. Wenn die Polizei Streife fährt, werde ich mittlerweile begrüßt. Ein großer Wandel im Vergleich zur Zeit vor 2012. In dem Zeitraum vor 2012 habe ich leider keine guten Erfahrungen mit der sächsischen Polizei gemacht.

*Also gab es auch andere Zeiten bei der Polizei in Sachsen?*

Durchaus, ja. Allerdings möchte ich hier einen klaren Zeitrahmen setzen: Zwischen 2000 und 2012 habe ich erschreckende Erfahrungen mit der Polizei gemacht. Antisemitische Übergriffe auf das Restaurant wurden schnell abgestempelt. Sätze wie „naja Herr Dziuballa, wenn

Sie in Deutschland so ein Geschäft führen mit so einer Symbolik (Anm. d. Red.: gemeint ist der Davidstern), dann dürfen Sie sich über eine negative Aufmerksamkeit nicht wundern“ sind gefallen. Auf die vielen Übergriffe und folgenden Meldungen bei der Polizei wurde oft genervt reagiert. Bei Polizeieinsätzen in meinem Restaurant wurde sich eher um die Koordinierung des Mittagessens und der Pause gekümmert, als Spuren zu sichern. Letztendlich habe ich 2012 aufgrund der vielen Negativerfahrungen jegliche Arbeit mit der Polizei aufgekündigt. Bis zum 27. August dieses Jahres bestand kein Kontakt mit der Polizei in Sachsen.

*Wie haben Sie die Stimmung in der Stadt denn selbst wahrgenommen?*

Die kollektive Verurteilung von Chemnitz war fehl am Platz. Ich nehme eher eine positive Stimmung wahr. Nämlich diese, dass Chemnitz jetzt auch die Chance ergreifen kann, ein Symbol für den Aufbruch zu werden. Viele aus der bürgerlichen Mitte möchten sich nicht mehr damit zufriedengeben, dass sorgelose Anrufe aus der Familie kommen, weil man sich in Chemnitz aufhält. Es entwickelt sich eine positive, vielleicht auch stolze Haltung gegenüber der Stadt.

*Sehen Sie Gründe für die Ausschreitungen auch am Standort Sachsen?*

Sachsen hat stark an Identität verloren. Hier sind nach der Wiedervereinigung sehr viele Arbeitsplätze verloren gegangen. Und so

*„Für einige wenige Idioten werde ich nicht alle positiven Erlebnisse in die Tonne kloppen“*

haben viele Menschen neben den klassischen Brüchen in ihrer Lebens-Vita, nicht so viel Positives aus dem Gesamtdeutschland mitnehmen können. Sie sind entweder Verlierer der Wende oder fühlen sich als das.

*Kommen wir zurück zum Angriff des 27. Augusts: Warum muss erst so etwas passieren, bevor gehandelt wird?*

Das ist fast immer so. Die deutsche Politik hat ja auch über Kernkraft etwas anders nachgedacht vor Fukushima, oder? Aber bleiben wir mal bei „Ihren Themen“: Mittelstand, Unternehmer und so weiter. Warum steuern Unternehmer manchmal sehenden Auges auf eine Insolvenz zu, ziehen aber nicht die Reißleine bevor vieles den Bach runter gegangen ist, sondern warten fast wie auf eine Art Signal von außen? Also darauf, dass die Bank die Werkhalle pfändet. Das meine ich nicht provokativ, aber wir Menschen sind vielleicht so. Wir halten noch eine zu lange Zeit an unserer eigenen Welt, an unserer eigenen Wahrnehmung fest, ohne die objektiven Veränderungen um uns herum wirklich wahrzunehmen.

*Denken Sie, dass unsere Demokratie in Gefahr ist oder hält unsere Demokratie das aus?*

Für mich persönlich ist der Satz „die Demokratie muss das aushalten“ einer der schwierigsten. Demokratie muss natürlich vieles aushalten, aber was sagt mir dieser Satz? Der Satz sagt mir: Die Demokratie scheint die einzige Gesellschaftsform zu sein, die eine selbstheilende Wirkung hat. Egal welcher Mist hier passiert, wer an unseren demokratischen Grundwerten rütteln will, wenn wir das lange genug aushalten, hat sich das schon erledigt. Das ist doch Blödsinn, Demokratie ist im geschichtlichen Kontext eine der sensibelsten Gesellschaftsformen, in denen wir je gelebt haben.

*Was kann die Gesellschaft tun, um demokratische Werte neu zu erringen?*

Jeder Einzelne kann durch das, was tagtäglich gemacht wird, demokratische Werte manifestieren. Der eine durch seine Arbeit, der andere politisch, noch ein anderer in sozialen Einrichtungen. Mit dem täglichen Einbringen in die Gesellschaft kämpft man für demokratische Werte. Dass immer die besonderen Aktionen medial herausgenommen werden, ist für

mich Quatsch, auch wenn es hin und wieder mal schön ist Leuchtturmprojekte zu zeigen.

*Und was erwarten Sie in diesem Zusammenhang von der Politik?*

Extreme Strömungen, seien sie Links oder Rechts, müssen in die Schranken gewiesen werden. Dafür haben wir Regularien, die Politik muss diese Regularien aber auch nutzen und Charakter zeigen. Man muss das Gefühl haben, dass Politik agiert und nicht reagiert. Dass sie die Rechtslage ausführt, auch wenn das bei der nächsten Wahl vielleicht nicht so toll ankommt. Zudem müssen die Bürgerinnen und Bürger sowohl emotional als auch inhaltlich von der Politik mitgenommen werden.

*Wir bedanken uns herzlich für das Gespräch!*



**DAS INTERVIEW FÜHRTEN ANNA NEUMANN (23) UND RALF KELLER (21).** Ihr erreicht Sie unter [neumann@julis.de](mailto:neumann@julis.de) und [ralfk@julis.de](mailto:ralfk@julis.de)



## Fortschrittsbeschleuniger gesucht!

Die Freien Demokraten im Deutschen Bundestag wollen die Zukunft unseres Landes aktiv gestalten. Für diese spannende Aufgabe sucht die FDP-Bundestagsfraktion im Social-Media-Team:

- eine/n **Community Manager/in**
- eine/n **Videograph/in**
- eine/n **studentische/n Mitarbeiter/in**

### Dich erwartet:

- eine abwechslungsreiche Herausforderung in einem motivierten Team von Überzeugungstätern in der Mitte des politischen Berlins
- eine angemessene Vergütung in Anlehnung an den öffentlichen Dienst
- ein Arbeitgeber in einer Aufbau- und Aufbruchssituation jenseits aller eingeschliffenen Routine

Alle Details und Anforderungen findest Du auf [www.fdpbt.de/jobs](http://www.fdpbt.de/jobs). Wir freuen uns auf Deine Bewerbungsunterlagen, vorzugsweise per E-Mail an: [jobs@fdpbt.de](mailto:jobs@fdpbt.de).

# CHEMNITZ 2018

## Ist unsere Demokratie in Gefahr?

**Hitlergrüße auf offener Straße, gelebter Hass selbst vor laufender Kamera, ungezügelter Wut bis hin zur Jagd auf vermeintlich Fremde. Der September in Chemnitz offenbarte Betrachtungen von Außen aber auch Einheimischen Bilder einer Stadt in den Händen der Feinde der Demokratie – oder?**

### **Für ein Feuer braucht es nur einen Funken**

Gib einem Menschen das Gefühl ungerecht behandelt worden zu sein, sich in einer Bedrohungslage zu befinden oder von Grund auf missverstanden und fehlinterpretiert zu werden. Gib diesem Menschen eine Gruppe von Menschen, die ihn versteht, deren Forderungen er auf Anhieb versteht und welche die gemeinsame Unzufriedenheit in einem kollektiven Marsch der Gleichgesinnten vereint. Und dann gib dieser rohen Masse von Unzufriedenheit einen Funken, ein Ereignis, einen Gegner – und sie beginnt zu brennen. Doch zunächst: Herzlich Willkommen in Sachsen. Eigentlich sind wir nicht anders als ihr – und doch spricht jeder über „unseres gutes altes Karl-Marx-Stadt“. Im

gesamten Freistaat wohnen rund 4,3 Prozent Ausländer, davon überschreitet der Wert im Umland von Chemnitz kaum die Zwei-Prozent-Marke und doch vereinten rechtspopulistische, rechtsextreme und rechtsradikale Kräfte innerhalb von 24 Stunden tausende Menschen unter dem Banner von Hass, Hetze und Ausländerfeindlichkeit – vom Normalbürger bis hin zum strammen Neonazi. Ist es gerechtfertigt Chemnitz wegen dieser enormen Mobilisierung und Vereinigung braunen Gedankenguts zu verurteilen oder aufzugeben? Niemals!

### **Die Mitte hat Besseres zu tun als Extremismus!**

Chemnitz ist nicht grau oder braun – sondern bunt. Dies zeigt die Veranstaltung „Wir sind mehr“ – und zwar nicht wegen dem, was dort gesungen und gesprochen wurde, sondern wegen jenen, die es finanziert haben! Auch wenn die Veranstaltung durch linksextremistische Parolen missbraucht wurde, so war es die starke Chemnitzer Zivilgesellschaft, die regional verankerten Unternehmerinnen und Unternehmer, die Macher aus der Mitte, die dieses starke Zeichen gegen Rechts sendeten. Und genau

deshalb ist es falsch, Städte, welche als Grund und Boden für Extremismus benutzt und somit beschmutzt wurden, aufzugeben oder zu verurteilen. Die Mitte der Gesellschaft wird von den Extremen oft, ja leider zu oft, übertönt. Warum steht die Mitte nicht im Fokus der Öffentlichkeit? Weil sie am Fortkommen der Gesellschaft arbeitet, ihre Freizeit bei ihrer Familie verbringt, schlicht, weil die Mitte der Gesellschaft für extremistische Kinkerlitzchen auch in Zeiten des Populismus nicht zu haben ist und besseres zu tun hat als sich auf der Straße zu brüskieren. Die Freien Demokraten und auch wir Jungen Liberalen werden auf Demonstrationen gern von Linken, Sozialdemokraten und Grünen mit Seitenhieben belegt, da man uns nicht auf jeder Veranstaltung GEGEN Thema XYZ sieht. Solange diese Seitenhiebe kommen, können wir uns also sicher sein, dass wir am richtigen Platz verankert sind. Nämlich in der gestaltenden Mitte der Gesellschaft, statt am ewig nörgelnden und unzufriedenen Rand und vor allem FÜR etwas stehen.

### **Demokratie muss ressortübergreifend verteidigt werden!**

Demokratie ist nicht einfach, nicht beliebig und vor allem nicht selbstverständlich. Solange politische Bildung sich in Sachsen zusammen mit Soziologie und Wirtschaft ein Nebenfach teilen muss, ist auch die zukünftige Generation junger Sachsen gefährdet ins Netz der Populisten und Extremisten zu gehen. Solange die sächsische Polizei mit Symboldebatten über eine militärisch anmutende Ausrüstung und Überwachungsbefugnisse à la Bayern gelähmt und frustriert, statt personell besser aufgestellt wird und solange nur die Extremisten des anderen Randes auf die Rufe der Rechtspopulisten reagieren, solange sind noch nicht alle Möglichkeiten der Verteidigung unserer Demokratie ausgeschöpft. Das, liebe JuLis kann uns aufatmen lassen. Denn während der Extremismus schubweise seine gesamte Munition verschießt, sind im Köcher der freiheitlichen, liberalen Demokratie noch unendlich viele Pfeile, die zeigen: Wir sind mehr!



**LEON KÖHLER** (18) bastelt gerade am Abitur 2019 und ist Kreisprogrammmanager der JuLis Chemnitz. Während der Flüchtlingskrise war er ehrenamtlicher Deutschlehrer für Geflüchtete und in regionalen Demokratiebündnissen engagiert. Ihr erreicht ihn unter [koehler@julis.de](mailto:koehler@julis.de)

# AUGEN AUF GEBEN EXTREMISMUS!

In einigen deutschen Städten wird unser Rechtsstaat mit Füßen niedergetreten. Rechtsextreme und identitäre Gruppierungen des rechten Spektrums marschieren auf, um Andersdenkende mit ihren fremdenfeindlichen Parolen einzuschüchtern. Die Hetzjagden auf Menschen mit Migrationshintergrund finden nicht länger nur auf offener Straße, sondern auch in den scheinbar rechtslosen Räumen des anonymen Internets statt.

Pegida, „Merkel muss weg“, um nur einige fremdenfeindliche Demonstrationen beispielhaft aufzuführen. Dem gegenüber stehen #WirSindMehr – Aufstehen gegen Rechte Hetze, München ist bunt oder auch Pulse of Europe für ein vereintes Europa.

**H**eutzutage sind Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Deutschland und in Europa eine Selbstverständlichkeit geworden. Aber ist das wirklich so? Oder stehen unser Rechtsstaat, die freiheitliche Grundordnung und die Werte der Aufklärung womöglich zur Disposition?

Wie steht es eigentlich um die Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland und unser Engagement gegen politischen Extremismus des rechten Randes? Ja, in der Tat, es könnte schlimmer sein.

Und dennoch hört man viel mehr von Protestaktionen gegen Rechtsextremismus, die gewiss auch auf unserer Vergangenheit basieren. Versteht mich bitte nicht falsch. Alle Formen des friedlichen gesellschaftlichen und politischen Widerstandes sind zu begrüßen und zwingend notwendig. Diese Aktionen sind ein entschiedener und deutlicher Protest gegen Rechtsextremisten und setzen ein klares Zeichen! Und doch fehlt der Aufschrei gegen linken Radikalismus und Extremismus, religiösen und anderweitig motivierten Extremismus. Betrachtet man die verschiedenen Teilnehmer dieser Proteste näher, so findet man immer

wieder Menschen, die vermehrt weit links der politischen Mitte oder gar dem linksextremistischen Spektrum angehören. Durchsucht man das Internet nach „Aufstehen gegen Extremismus“, findet man mit großer Mehrheit Angebote und Aufrufe sich gegen Rechtsextremismus stark zu machen. Der einzige Suchtreffer, der zum Protest gegen Linksextremismus aufruft stammt von der AfD-Fraktion in Nordrhein-Westfalen. Ist es nicht gleichermaßen paradox und lächerlich, dass gerade eine kaum noch demokratische, sondern sogar zum Teil extremistische Partei sich gegen Linksextremismus ausspricht? Wo ist die gesellschaftliche Mitte, die beide Extreme verteufelt? Wo bleibt der empörte Aufstand der Mitte? Ja, auch uns Liberale findet man selbstverständlich bei solchen Demonstrationen und doch ist unser Protest zu leise und unsere Präsenz gering. Der bürgerlichen Mitte wird kaum Gehör geschenkt. Das muss sich dringend ändern.

## **Auch Linksextremismus ist demokratiegefährdend**

Jeder hat die erschütternden Bilder aus Hamburg vom G20-Gipfel letztes Jahr im Kopf. Brennende Autos, exzessive Gewalt gegen Po-





## LESETIPP

Karl Popper

### DIE OFFENE GESELLSCHAFT UND IHRE FEINDE

Die zwei Bände Poppers ‚Die offene Gesellschaft und ihre Feinde‘ sind ein Klassiker unter Liberalen. Poppers Kritik richtet sich in Band I gegen Platon, in Band II schließlich gegen Hegel und Marx und somit zusammenfassend gegen die seiner Ansicht nach theoretischen Mitbegründer der totalitären Systeme des Faschismus, des Nationalismus und des Kommunismus. Neben seiner Kritik an prägenden Philosophen entwirft Popper in seinem Hauptwerk eine Gegenkonzeption in Form von der offenen Gesellschaft. Wer in die Gedankenwelt von liberalen Philosophen eintauchen möchte, sollte Popper unbedingt lesen!

lizisten, Plünderungen und Straßenmilitanz. Um nur einige Straftaten zu nennen, zu denen es in Hamburg insbesondere durch gewaltbereite Linksextremisten und autonome Gruppen gekommen ist. Wie kann es sein, dass Teile unserer Gesellschaft Gewalt gegen Polizei und andere Sicherheitskräfte oder blanken Vandalismus stillschweigend tolerieren, mit Sympathie begegnen oder gar gutheißen? Linken Extremismus zu bagatellisieren und zu romantisieren bedeutet Gewalttätern und Demokratiefeinden eine Bühne zu bieten. So etwas kann und darf nicht im Sinne des demokratischen Rechtsstaates sein.

Der zur Farce verkommene G20-Gipfel in Hamburg bildet keine Ausnahme. Erst kürzlich sorgten gewalttätige Ausschreitungen im Hambacher Forst für Aufruhr. Man darf gegen den G20-Gipfel sein und seine Kritik am internationalen Format und den teilnehmenden Staaten äußern. Man darf die Rodung des Hambacher Forsts ablehnen und auf die miserable Energieausbeute klimaschädlicher Braunkohle verweisen. Man darf jedoch nicht Einsatzkräfte mit Fäkalien bewerfen, sie vorsätzlich und ohne jede Not angreifen oder fremdes Eigentum aus Protest anzünden. Diese beiden Beispiele stehen für illegale Grenzüberschreitungen, für nicht zu rechtfertigende Formen des Protests unter dem Schleier von hehren, höheren Zielen. Es ist doch viel erstrebenswerter laut zu werden und ohne Gewalt auf Missstände hinzuweisen!

### Ein Aufstand aus der Mitte der Gesellschaft heraus

Menschen, wie Hans und Sophie Scholl oder Claus Schenk Graf von Stauffenberg, die unendlichen Mut in ihrer Zeit bewiesen, werden von (Rechts-)Extremisten für ihre Zwecke instrumentalisiert. So hat beispielsweise die AfD bereits damit geworben, dass Sophie Scholl AfD wählen würde. Unabhängig davon, dass diese Menschen ihr Leben ließen im verzweifelten Widerstand gegen den Nationalsozialismus, kann man sie nicht ihrer Zeit entreißen. Es lässt sich heutzutage einfach nicht behaupten, welche Partei die einstige Sophie Scholl oder der einstige Stauffenberg wählen würden. Daher empfinde ich solche Aussagen als anmaßend und beleidigend den Angehörigen, Nachkommen und Zeitzeugen gegenüber. Betrachten wir solche Persönlichkeiten lieber als Vorbilder, die ihr Leben opferten und das ihrer Familien für den Kampf gegen Hass und politischen Extremismus riskierten.

Heutzutage würde kaum ein Staatsbürger sein Leben bereitwillig für den politischen Widerstand riskieren und dennoch müssen wir aufstehen und unsere Stimmen erheben, wenn der Rechtsstaat mit Füßen getreten wird.

Die Liberalen verstehen sich als Stimme der Vernunft und als Partei der bürgerlichen Mitte. Genau diese „Mitte“ der Gesellschaft muss sich gegen jegliche Form des Extremismus stark machen. Wir dürfen bei allem Engagement gegen „Rechts“ nicht auf dem linken Auge blind sein. Extremismus jeglicher Art muss verurteilt werden.

Es ist unsere Pflicht, vor allem die der Jungen Liberalen, jede Form des Extremismus zu verurteilen. Dazu zählt es auch an Demonstrationen und friedlichen Protestaktionen teilzunehmen. Dies bedeutet nicht, dass wir gemeinsame Sache mit Extremisten machen. Nein, es bedeutet, dass wir gegen Extremismus und für den Rechtsstaat demonstrieren. Wir dürfen es uns nicht verbieten lassen für unsere Ideale auf die Straße zu gehen.

Nicht zu vergessen sind die Sozialen Netzwerke, die sich vermehrt durch die Anonymität des Internets zu rechtsfreien Räumen entwickeln. Aber auch das Internet darf nicht zum rechtsfreien Raum verkommen. Gesetze müssen dort ebenso gelten wie im realen Leben. Die NPD oder auch die Pegida-Demonstrationen verbieten zu lassen, halte ich nicht für den richtigen Weg. Der Gegenprotest muss einfach lauter und deutlicher ausfallen, sodass solchen extremistischen Parteien und Gruppierungen gar kein Gehör oder mediales Interesse geschenkt wird.

### Jetzt laut werden gegen Extremismus

Was gilt es also jetzt zu tun? Lasst Euch nicht unterkriegen, wenn linke Gruppierungen Demos gegen Rechts organisieren. Macht mit! Oder noch besser: Plant mit Eurem Kreisverband, Bezirksverband etc. Eure eigene Protestaktion gegen Extremismus.

Nutzt die sozialen Netzwerke, um zu mobilisieren, fragt Freunde und Bekannte!

Aber am wichtigsten ist, dass Ihr etwas macht. Egal was, jede Aktion zählt.

Lasst uns aufstehen und gegen jede Form von Extremismus kämpfen! Lasst uns unseren Rechtsstaat verteidigen und für unsere Werte wieder einstehen!

Denn jeder Extremist ist Mist.



**LINDA AMAMRA** (25) macht gerade ihren Master in Politikwissenschaften an der Friedrich-Alexander-Universität in Erlangen. Sie plädiert für den Rechtsstaat und fordert ein Aufstehen der Mitte gegen Extremismus aller Art. Ihr erreicht sie unter [amamra@julius.de](mailto:amamra@julius.de)



# BITTE MELDET MICH!

Die Wahrheit und nichts als die Wahrheit ist es, dass mir die AfD richtig auf den Sack geht. Die Wahrheit ist, dass mir Leute auf den Sack gehen, die alle Probleme eines Landes auf die einfache Lösung bringen: Der Flüchtling. Wahlweise der Jude, der Schwule oder der Links-Grüne. Die Wahrheit ist, dass ich es gefährlich finde, wenn sich der Diskurs dahingehend verschiebt, dass Fakten zu Lügen und die Presse zu einem Verschwörungsbrei vereinheitlicht werden.

Die Wahrheit ist aber auch, dass ich diese Meinungen ertrage, dass ich sie ertragen muss, selbst wenn sich in meinem Innersten alles aufbäumt und ich mich ständig in diesem Zwiespalt zwischen kotzen und schreien wollen befinde.

Ich ertrage dies aber, da meine tiefste Überzeugung ist, dass Meinungsfreiheit auch für die noch so stumpfste, populistischste rechtskonservativste These gilt.

Grenzen gibt es allerdings: Nämlich dann, wenn AfD-Politiker von einer Verschwörung der etablierten Parteien und Medien gegen sie sprechen; und auch dann, wenn dieselben Personen von einem „Denkmal der Schande“ sprechen und Hitler als „Vogelschiss deutscher Geschichte“

titulieren, gleichzeitig aber ein Internetportal eröffnen, um Lehrerinnen und Lehrer zu melden, die angeblich nicht im Sinne der demokratischen Prinzipien (der Neutralität im Unterricht) unterrichten.

Im Getöse, dass in diesem Fall mal wieder um die AfD gemacht wird, hebt sich dann die eine oder andere Stimme, die auch im eigenen Politiklehrer jemanden sieht, der billige Meinungsmache betreibt, weil er einzelne politische Positionen vertritt, die nicht der eigenen entsprechen.

### Was den Politikunterricht ausmacht

Es ist die Wahrheit und es ist richtig, dass besonders von Politik-Lehrerinnen und Lehrern erwartet wird, im demokratischen Sinne zu unterrichten. Was bedeutet dies aber?

Im Beutelsbacher Konsens sind die Eckpunkte der politischen Bildung in Deutschland festgehalten. Diese sind: Das Verbot der Indoktrinierung oder Überwältigung, das Kontroversitätsgebot und der Anspruch, Schülerinnen und Schüler in die Lage zu versetzen, Politik zu analysieren und sich ein Urteil bilden zu können.

Wenn wir uns diese drei Eckpunkte ansehen fällt auf, dass das oft angeführte „Neutralitätsgebot“ gar nicht zu finden ist. Und an dieser Stelle fühle ich schon regelrecht die Fackeln und Mistgabeln all derer, die schon immer wussten, dass im Politikunterricht doch nur Meinungsmache betrieben wird.

Denen sei an dieser Stelle gesagt: Neutralität gibt es in der Politik nicht und ist daher auch nicht primärer Aspekt des Unterrichts. An die Stelle der Neutralität tritt vielmehr die Kontroversität. Eine politische Diskussion ist niemals neutral, sie wird immer kontrovers geführt. Meinungen prallen aufeinander, Positionen unterscheiden sich und Argumente werden ausgetauscht. In der Politik gibt es kein Falsch und kein Richtig. Keine Frage in der Politik ist einseitig zu beantworten. Unsere Demokratie lebt vom Diskurs und wir erwarten von unseren Politikern nicht, dass sie sich neutral verhalten, sondern dass sie Position beziehen. So erwarten wir von Lehrern, dass sie Position beziehen und sich klar zur Demokratie bekennen.



Jeder Versuch Kinder zu politischen Bürgerinnen und Bürger zu erziehen, sie zu Demokraten zu erziehen, würde scheitern, wenn in den Schulen behauptet werden würde, Politik wäre neutral.

### Die Rolle des Lehrers

Wenn im Politikunterricht ein Thema betrachtet wird, ist es außerdem das Ziel des Politikunterrichts, dass sie sich abschließend darüber ein Urteil bilden. Sollte der Föderalismus abgeschafft werden? Sollte es ein Fahrverbot für Dieselfahrzeuge geben? Sollte der Mindestlohn erhöht werden? Um einige Klassiker aus dem Unterricht zu nennen. Um zu einem Urteil zu kommen, ist es nötig, dass nicht nur die allgemeinen Fakten bekannt sind, sondern ebenso die Argumentationen der verschiedenen Positionen. An dieser Stelle ist es Aufgabe der Lehrer beides ihren Schülern zur Verfügung zu stellen. Wenn eine Position im Diskurs innerhalb einer Klasse oder eines Kurses zu einseitig verläuft oder diejenigen, die in der Debatte stark sind, alle mehr oder weniger die gleiche Position vertreten, dann gebietet der Beutelsbacher Konsens, dass Kontroversität durch den Lehrer hergestellt wird. Dann ist es die Aufgabe des Lehrers, die Gegenposition stark und die Gegenargumente deutlich zu machen. Dabei gilt natürlich trotzdem das Verbot von Indoktrinierung, wobei sich natürlich ein Spannungsfeld aufbaut.

### Demokratie ist indiskutabel

Wie so viele Politiklehrer versuche ich dies nach besten Gewissen zu lösen. Dabei bin ich darauf angewiesen, dass mir die Gesellschaft und meine Schülerinnen und Schüler vertrauen. Jedoch gibt es in meinen Augen einen Punkt, an dem jeder Politiklehrer eine klare Position beziehen muss. Dann, wenn es um die Demokratie selbst geht. Nicht nur, weil ich die Erziehung und Bildung zum mündigen Demokraten für den wesentlichsten Bestandteil aller 16 Bildungssystem halte. Ich habe auch einen Eid darauf abgelegt. Ich habe geschworen unsere Verfassung – und damit die Demokratie in Deutschland – zu schützen. Und das geht

nur, wenn ich Sorge trage, dass kommende Generationen verstehen, was es bedeutet Demokrat zu sein.

**D**arum ertrage ich Äußerungen die ich nicht teile, da sie Teil der Meinungsfreiheit sind. Darum weise ich aber auch darauf hin, wenn Teile unserer Gesellschaft sich von unseren demokratischen Werten wegbewegen. Wenn Höcke über das allgemeine „Reproduktionsverhalten der Afrikaner“ (Höcke 10.12.2015) spricht, achtet das nicht die Würde des Menschen und ist offenkundig rassistisch. Wenn Teile einer Partei vom Verfassungsschutz beobachtet werden, geschieht dies nicht ohne Grund und kann durchaus im Unterricht thematisiert werden. Und wenn eine Partei dazu auffordert, dass alle Lehrerinnen und Lehrer gemeldet werden sollen, die antidemokratische Tendenzen in der Gesellschaft klar und deutlich ansprechen, und diese Handlung mit dem einfordern der Neutralität im Unterricht tarnt, dann ist dies letztlich nichts anderes als ein Akt gegen die Demokratie. Ebenso ist es der Versuch, die Lehrerinnen und Lehrer an der Schule zu verunsichern und dazu zu drängen, keine klare demokratische Position zu beziehen – aus Angst, im Melderegister einer Partei zu erscheinen. Dort wird offen versucht, das Vertrauen zwischen Lehrenden und Lernenden, zwischen Gesellschaft und Schule zu zerstören.

Ich hoffe und wünsche mir, dass meine Kolleginnen und Kollegen keine Angst haben, sondern weiter stolz im Sinne ihres Dienstes handeln.

Ich lasse mich nicht einschüchtern, ich bleibe Demokrat!  
Darum, bittet meldet das auch der AfD!



**JOACHIM KRÄMER** (28) arbeitet in Bonn als Lehrer an einem Gymnasium. Er selbst bezeichnet sich als demokratisch-extremistisch und ist Bezirksvorsitzender der JuLis Köln/Bonn. Ihr erreicht ihn unter [joachim.kraemer@julis-nrw.de](mailto:joachim.kraemer@julis-nrw.de)



# BEREIT FÜR DEN EUROPAWAHLKAMPF!

## So war der LYMEC-Kongress in Vilnius



**E**rst vor Kurzem fand in Vilnius, Litauen, der Kongress unseres europäischen Dachverbandes LYMEC statt – und natürlich waren auch wir vor Ort. Genauso wie unsere Bundeskongresse finden auch die LYMEC-Kongresse zweimal pro Jahr statt. Von den Jungen Liberalen nehmen traditionell sieben Personen teil: Der International Officer der JuLis und sechs Delegierte oder Ersatzdelegierte, die vom Bundeskongress gewählt wurden. Da es für viele aus unserer Gruppe (auch für mich) das erste Mal war, dass sie einen LYMEC-Kongress besuchten, hatten wir uns ganz besonders auf dieses Wochenende gefreut.

Der Kongress stand ganz unter den Vorzeichen der Europawahl: Einen Großteil unserer Zeit haben wir damit verbracht, ein Manifesto zu erarbeiten. Da LYMEC als Dachverband selbst nicht zu Wahl stehen wird und auch ihre Mutterorganisation, die ALDE, nicht direkt gewählt werden kann, war dies kein Wahlprogramm. Es hatte aber durchaus eine ähnliche Bedeutung: Auf der Grundlage der programmatischen Entscheidungen, die wir in Vilnius getroffen haben, wird der LYMEC-Vorstand nun nach der Europawahl auf die hoffentlich zahlreich neugewählten liberalen Mitglieder des Europäischen Parlaments zugehen und dafür sorgen, dass unsere Inhalte auf europäischer Ebene nicht in der Tonne landen – sondern da, wo sie hingehören, nämlich im Europäischen Parlament!

Unserem Anspruch, Europa aktiv zu gestalten, sind wir auch auf dem Kongress nachgekommen: Wir haben nicht nur die

meisten Änderungsanträge gestellt, sondern waren auch in der Debatte eine der aktivsten Mitgliederorganisationen. Schon im Vorfeld des Kongresses hatten wir uns mit einer Telefonkonferenz inhaltlich auf das Wochenende eingestimmt und abgesprochen: Mit Erfolg, denn mit sehr wenigen Ausnahmen wurden alle unsere Änderungsanträge angenommen. Das Manifesto enthält nun unter anderem eine europäische Verteidigungsstreitkraft, die komplette Abschaffung der EU-Agrarsubventionen innerhalb der nächsten zwanzig Jahre und eine klare Unterscheidung zwischen humanitärem Asyl, qualifizierter Zuwanderung und illegaler Einwanderung. Außerdem konnten wir einen Satz hinzufügen, der klarstellt, dass Länder, die den Werten der Europäischen Union zuwiderhandeln, kein Mitglied werden können – eine eindeutige Botschaft an Herrn Erdogan. Ebenfalls war uns wichtig, unsere Ideen bezüglich der institutionellen Weiterentwicklung auch im LYMEC-Manifesto wiederzufinden. Auch dort sind jetzt die Verkleinerung der Kommission, die Stärkung des Europäischen Parlaments und die Weiterentwicklung des Spitzenkandidaten-Prinzips als Forderung enthalten. Auch die Stärkung des europaweiten Zertifikatehandels ist nun im Manifesto verankert. Somit war dies auf voller Linie ein Erfolg für unsere jungliberalen Ideen!

Eine Nachlässigkeit gilt es allerdings einzugestehen: Auf der abschließenden Party, die unter dem Motto „Komme als dein Lieblings-sänger/deine Lieblings-sängerin der 80er/90er Jahre“ stand, hatten wir uns im Vorfeld nicht

ganz so gut vorbereitet, wie auf die Antragsdebatte. Zwar hatten einige von uns noch schnell ein Kostüm zusammengeschustert (wie ihr sicherlich auch auf dem Instagram-Kanal der @julisinternational gesehen habt – so war Modern Talking und Britney Spears anwesend), schienen einige allerdings noch mehr Energie und Köpfchen in das Projekt Abendgestaltung und Kostümierung gesteckt zu haben und haben mit ihren Outfits mehr zur Erheiterung beigetragen – Svenja Hahn beispielsweise, LYMEC-Präsidentin und unsere Spitzenkandidatin zur Europawahl, ist mit ihrem Bonnie Tyler-Outfit über sich hinausgewachsen und hat eine großartige Performance mit dem LYMEC-Bureau abgeliefert!

Am Sonntag war dann nach den zwei vollen, anstrengenden aber vor allem erfolgreichen Tagen noch ein wenig Zeit für Sightseeing. So haben wir bei einer Free-Walking-Tour die Geschichte Vilnius erzählt bekommen, etwas über litauische Kultur gelernt und das tolle Wetter (zwanzig Grad und strahlender Sonnenschein) genossen.

Wir hatten eine tolle Zeit mit Jungliberalen aus ganz Europa in Vilnius. Am liebsten hätten wir schon bei unserer Ankunft in Deutschland mit dem Europawahlkampf begonnen – so ein tolles Wochenende motiviert!



**VICTORIA HENTZEN** (22) war eine der sieben deutschen Delegierten des LYMEC-Kongresses, die dort die Jungen Liberalen vertreten haben. Ihr erreicht sie unter [hentzen@julis.de](mailto:hentzen@julis.de)



**Solltest Du grundsätzliche Fragen oder Anregungen zur internationalen Arbeit haben, schreib gerne eine E-Mail an [brandmann@julis.de](mailto:brandmann@julis.de). Ich freue mich auf den Kontakt!**



# JULIS TRAVEL TO Amsterdam

Vom 5. bis zum 9. November hat der BAK Europa & Internationales in Kooperation mit der Bundeswehr und den Landesverbänden Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sowie den Kreisverbänden Hannover und Osnabrück eine Reise nach Amsterdam ausgerichtet.

Los ging es aber nicht in Amsterdam, sondern in Den Haag mit einem Besuch des Friedenspalasts, in welchem der Internationale Gerichtshof seinen Sitz hat. Ebenfalls haben die Jungen Demokraten (JD), die offizielle Jugendorganisation der sozialliberalen Partei D66, ihren Sitz in Den Haag. Wir haben uns mit dem International Officer Marten Porte getroffen, um mehr über die Positionen und die Arbeit der JD zu erfahren. Neben vielen Gemeinsamkeiten in der Europa- und Gesellschaftspolitik, gab es in der Umweltpolitik auch Differenzen. So befürwortet JD eine CO<sub>2</sub>-Steuer und auch die Nutzung der Kernenergie. Der Tag endete dann wiederum in Amsterdam mit einer Grachtenfahrt.

Am Mittwoch waren wir zu Gast in der Deutschen Botschaft in Den Haag. Diese beherbergt auch die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW). Die Botschafterin Frau Weil sprach mit uns sowohl über die Erfolge der OVCW, wie die Vernichtung von 96 Prozent der weltweiten Bestände an chemischen Waffen, aber auch über die Herausforderungen angesichts des wiederholten Einsatzes von Giftgas im syrischen Bürgerkrieg. Anschließend stellte uns der deutsche Militärattaché in den Niederlanden die Kooperation zwischen der Bundeswehr und den niederländischen Streitkräften vor. So existiert zum Beispiel ein gemischtes deutsch-niederlän-

disches Panzerbataillon, das einer niederländischen Brigade unterstellt ist, die wiederum einer deutschen Division unterstellt ist.

Neben D66 gibt es in den Niederlanden noch eine zweite liberale Partei, die klassisch-liberale VVD des Ministerpräsidenten Mark Rutte. Deren Jugendorganisation JOVD trafen wir zu einem Kennenlernabend oder „borrel“, wie man auf Niederländisch sagt. Besonders interessant: Auch JOVD fordert wie wir die Legalisierung aller Drogen.

Am Donnerstag besuchten wir das Civil-Military Cooperation Centre of Excellence der NATO. Die Exzellenzzentren der NATO sind Thinktanks zur Weiterentwicklung zentraler militärischer Fähigkeiten. Gute zivil-militärische Zusammenarbeit ist beispielsweise für die humanitäre Hilfe nach einem Erdbeben oder anderen Naturkatastrophen essentiell. Denn für eine effektive Hilfe bedarf es einer Koordination der zahlreichen Hilfsorganisation wie Ärzte ohne Grenzen oder dem Roten Kreuz untereinander und mit den Streitkräften. Letztere stellen mit ihren logistischen und aufklärenden Fähigkeiten eine unverzichtbare Komponente für humanitäre Hilfsmissionen dar. Anschließend war Freizeit je nach Wunsch in Amsterdam oder Den Haag angesagt.

Damit endete unsere gemeinsame Zeit in den Niederlanden. Wir alle haben neue Erfahrungen gemacht, neue Infos für unsere politische Arbeit erhalten und vor allem viele neue Leute kennengelernt.



**NEMIR ALI** (22) leitet den Bundesarbeitskreis Europa und Internationales der Jungen Liberalen. Erreichen könnt ihr ihn unter [nemir@julius.de](mailto:nemir@julius.de)

## Impressum

jung+liberal ist das Mitgliedermagazin des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Zu beziehen ist jung+liberal per Abonnement, Mitglieder der Jungen Liberalen erhalten das Magazin automatisch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. jung+liberal wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Herausgeber:  
Bundesverband Junge Liberale e.V.  
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin  
Telefon: (030) 680 78 55-0  
Telefax: (030) 680 78 55-22  
E-Mail: [info@julius.de](mailto:info@julius.de)

Chefredaktion (V.i.S.d.P.):  
Anna Neumann ([neumann@julius.de](mailto:neumann@julius.de))

Autoren:  
Linda Amamra, Marc Bauer, Franziska Brandmann, Uwe Dziuballa, Joshua Fritz, Ferdinand Heckel, Leon Köhler, Joachim Krämer, Maximilian Mordhorst, Björn-Christian Seela, Daniel Steiner

Auflage: 11.000 Exemplare

Gestaltung: Himmel & Jord, Berlin

Mit dem Namen des Autors versehene Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht. Belegexemplar erbeten. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte übernehmen wir keine Haftung

Bei Fragen zur Ausgabe, für eine Aufnahme in den Autorenverteiler, bezüglich Leserbriefe und Blattkritik bitte einfach eine E-Mail an [neumann@julius.de](mailto:neumann@julius.de) schicken.

## Bildnachweise

Cover: amy-shambles/unsplash.com  
Seite 4: rawpixel.com/pexels.com  
Seite 8: denise-johnson/unsplash.com  
Seite 20: gerri/unsplash.com  
Seite 22: DAVID ILIFF. License: CC-BY-SA 3.0  
Seite 23: milad-alizadeh/unsplash.com  
© JuLis/privat sowie Himmel & Jord GmbH, Berlin  
Illustrationen sind teilweise mithilfe lizenzfreien Materials erstellt und werden nicht gesondert ausgewiesen.



FÜR UNSERE  
GESUNDHEIT

FINDET **FACHARZT**  
**HOLGER** NEUE WEGE.

WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche  
Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt.  
Erfahren Sie mehr unter [www.pkv.de/holger](http://www.pkv.de/holger)

**IHRE PRIVATEN  
KRANKENVERSICHERER**